



RAUMDIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 3/2012

Instrumente neu justieren:
Der Blick über den
Tellerrand hilft!

Thema Neue Tendenzen in der Raumplanung
Herausforderungen in der Raumordnung:
Aktuelle Lösungsansätze
in Niederösterreich.

Seite 4

Auf Augenhöhe: Regionale
Leitplanung Nordraum Wien.

Seite 7

Perspektiven auf allen
Ebenen: Strukturen für
die Steiermark.

Seite 18



aktuell:

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Seite 20



Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

Redaktionelle Mitarbeit:

Dominik Dittrich, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

ABBILDUNGEN:

Alle Fotos, die nicht extra gekennzeichnet sind, stammen aus unserem Archiv oder von www.shutterstock.com

GRAFISCHE KONZEPTION

UND UMSETZUNG:

www.horvath.co.at

ÜBERSETZUNGEN:

Mandana Taban, www.wordpool.at

DRUCK:

Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“ wird kostenlos abgegeben. Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
Fax: 02742 / 9005 / 14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog“ informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

Thema Neue Tendenzen in der Raumplanung

Herausforderungen in der Raumordnung:

Aktuelle Lösungsansätze in Niederösterreich. 4

Auf Augenhöhe:

Regionale Leitplanung Nordraum Wien. 7

Neue Wege in der Landesplanung:

Landesentwicklungsprogramm Burgenland (LEP 2011). 10

Vom Halb- zum Vollkreis:

Ein „Masterplan“ für die Kernregion Salzburg. 12

Hebelwirkung und Wirkungsmodell:

Raumplanung im Walgau. 16

Perspektiven auf allen Ebenen:

Neue Strukturen für die Steiermark. 18

Dialog NÖ

Vereinbarkeit von Beruf und Familie –

facettenreiches Thema zwischen Angebot und Nachfrage. 20

Zusammenfassung

English Summary 23

Der eilige Leser 24

Herausforderungen bewältigen: Raumordnung als Strategie.

Raumordnung weist auf Grund ihres Charakters als Querschnittsmaterie einen vielfältigen Bezug zur Landesentwicklung auf. Mit ihren unterschiedlichen Konzepten und Planungen zur Verteilung der Nutzungsansprüche im Raum ist die Raumordnung ein wichtiger Partner für andere Arbeitsbereiche und Sektoren. Dabei stellt die sinnvolle Nutzung von Ressourcen oder die Positionierung von Standorten einen zentralen Aufgabenbereich der Raumordnung dar.



Mit Blick auf die Gesamtentwicklung eines Bundeslandes ist Raumordnung also von hoher strategischer Bedeutung und daher sinnvollerweise auf Landesebene geregelt. Nur so kann gewährleistet werden, dass jedes Bundesland in der Lage ist, durch vorausschauende Planung die spezifischen Gegebenheiten zu berücksichtigen und den jeweiligen Herausforderungen gestaltend zu begegnen.

Die dafür vorhandenen Instrumente müssen natürlich zu gegebener Zeit nachgeschliffen werden. Und dabei ist ein Blick über den eigenen Tellerrand stets sehr hilfreich, denn aus der Art und Weise, wie andere Bundesländer ihre Landes- und Regionsentwicklung nachjustieren, können vielleicht auch neue Perspektiven oder Ideen für Niederösterreich abgeleitet werden.

Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Instrumente neu justieren: Dialog in der Raumordnung.

Veränderungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder sozialer Bedingungen gehen auch an der Raumordnung nicht vorüber. Im Gegenteil: Gerade die Raumordnung muss all diese Veränderungen im Auge behalten und ihre Strategien darauf ausrichten.

Daher müssen auch die Instrumente und Lösungsansätze der Raumordnung laufend überprüft und weiterentwickelt werden. Regionsspezifische Untersuchungen stellen dabei eine wesentliche Entscheidungsgrundlage dar, darüber hinaus ist die Verschränkung unterschiedlicher Planungsebenen notwendig. Ergänzend dazu sind aber in immer stärkerem Maße neue Formen der Kooperation und des Dialogs zu suchen, um eine höhere Akzeptanz für die Planungen zu erreichen.

Gerade der Dialog steht in Niederösterreich hoch im Kurs. Das beginnt bei den Kleinregionen, die für eine erfolgreiche Kooperation auch eine gute Gesprächsbasis brauchen. Weiters versuchen wir, die Bürgerbeteiligung stärker in der Planungspraxis zu verankern. Das mündet schließlich im Versuch, lokale und regionale Strategien auf Dialogbasis mit allen betroffenen Ebenen zu entwickeln, um über diese Form der Kommunikation nachhaltig wirksame Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu finden.



Karl Wilfing / Landesrat für Bildung, Jugend und Raumordnung

Herausforderungen in der Raumordnung:

Aktuelle Lösungsansätze in Niederösterreich.

Das NÖ Raumordnungsgesetz 1976 wurde zuletzt im Jahr 2012 novelliert und bildet die zentrale Grundlage für alle raumrelevanten Planungstätigkeiten im Land. Die im Landesentwicklungskonzept 2004 festgehaltenen Ziele und Leitbilder dienen darüber hinaus als Zielkatalog bei der Erstellung von Planungsgrundlagen, Gutachten und raumordnungsfachlichen Analysen auf überörtlicher und örtlicher Ebene.



Mehr Menschen ...

Um auf die verschiedenen, immer dichter auftretenden Herausforderungen situationsbezogen reagieren zu können, wird in Niederösterreich gegenwärtig vor allem an einer stärkeren räumlichen Ausdifferenzierung des Instrumentariums gearbeitet.

Herausforderung entwicklungsstarke Region. In einem aktuellen Projekt der Raumordnung in Niederösterreich werden gegenwärtig die bestehenden bottom-up- und top-down-Ansätze auf regionaler Ebene (Regionale Raumordnungsprogramme sowie Kleinregionale Rahmenkonzepte) im Rahmen eines Dialogprozesses zwischen Land, Region und Gemeinde miteinander verschränkt. Dazu wurde im Herbst 2011 unter dem Arbeitstitel „Regionale Leitplanung“ ein neuartiges



... mehr Energie!

Pilotprojekt zur Behandlung verschiedener Fragen der Siedlungs- und Standortentwicklung im nördlichen Wiener Umland entlang der Verkehrsachsen A5/A22/S1 gestartet. Aufgrund der hohen Bedeutung für Niederösterreich und die Pilotgemeinden bin ich selbst aktiv am Projekt beteiligt und trage die Beschlüsse auf Landesebene mit. Erste Zwischenergebnisse sind bereits vorhanden (siehe Bericht in diesem Heft), und



auch der diesjährige Kleinregionentag am 22. Oktober 2012 in Mistelbach wird unter anderem die Regionale Leitplanung zum Thema haben.

Herausforderung verdichtete Region. Die Stadtregion Wien besteht neben der Bundeshauptstadt aus insgesamt 205 niederösterreichischen und 63 burgenländischen Gemeinden. Für diesen Raum sagen Bevölkerungsprognosen

bis ins Jahr 2030 eine Bevölkerungszunahme von rund 400 000 EinwohnerInnen voraus. Dieser Zuwachs bringt Chancen und Herausforderungen für die Siedlungsentwicklung mit sich. Deshalb wurden im Projekt „Strategien für die Raumentwicklung in der Ostregion“ aufbauend auf dem sogenannten „Atlas der wachsenden Stadtregion“ verschiedene Szenarien für zukünftige Entwicklungen erarbeitet sowie Handlungsoptionen und Instrumente gesucht. Ergänzend wurden Leitlinien der räumlichen Entwicklung zwischen den drei beteiligten Bundesländern abgestimmt. Als Ergebnis steht die sogenannte „strukturierte Stadtregion“, die Publikation „Stadtregionen+“ (siehe www.planungsgemeinschaft-ost.at), für weiterführende Arbeiten zur Verfügung. Eine dieser Arbeiten ist das Projekt „Nachverdichtung als Chance zur Ortskernbelebung in suburbanen Gemeinden“ (siehe Bericht *Raumdialog* 2/2012).

Neben der Stadtregion soll aber auch der Ländliche Raum nicht zu kurz kommen. Daher wird derzeit aktuell auch hier an Strategien gearbeitet. Der erste Meilenstein innerhalb des Projekts ist eine Projektdatenbank, die aufbauend auf Strukturanalysen, Motivationsanalysen und Potentialermittlungen in erster Linie Handlungsoptionen und Beispiele aus der Praxis aufzeigen soll. Es wird dargestellt, wo bzw. wie einzelne Handlungsansätze erfolgreich angewendet wurden und welche Projekte Antworten zu bestimmten Problemstellungen geben können. Derzeit sind in der Projektdatenbank (siehe www.planungsgemeinschaft-ost.at) ca. 200 Projekte verortet. Thematisch beschäftigt sich die Hälfte aller Projekte mit dem Handlungsfeld Gemeinde, jeweils ein Viertel mit den Handlungsfeldern Bevölkerung und Wirtschaft. Die in der Datenbank aufgelisteten Beispiele wurden zusätzlich in der „Landkarte der Möglichkeiten“ verortet. Beim Klick auf das Symbol des gewünschten Themas werden Detailinformationen angezeigt. Diese Visualisierung ermöglicht die schnelle Zuordnung der Beispiele im Raum.

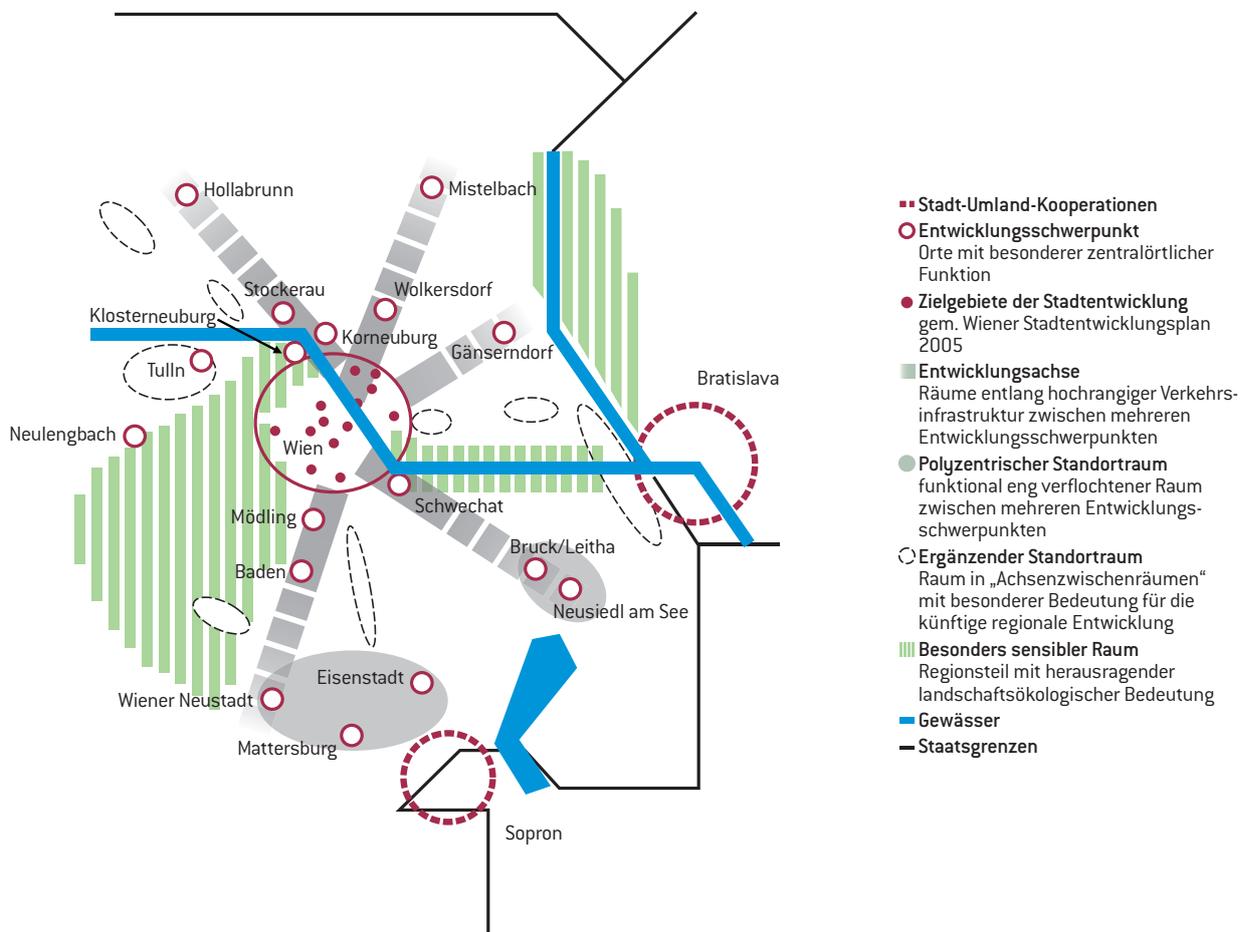
Thema Neue Tendenzen in der Raumplanung

Herausforderung ländliche Region. Ein interkommunaler Pilotversuch läuft in der Region „Wagram“: Erstmals in Niederösterreich arbeiten hier sechs Gemeinden, nämlich Absdorf, Großriedenthal, Großweikersdorf, Kirchberg am Wagram, Königsbrunn am Wagram und Stetteldorf am Wagram bei der Erstellung eines Örtlichen Raumordnungsprogramms zusammen. Ziel ist es, eine verbindliche Planungsgrundlage für die örtliche und gemeindeübergreifende Entwicklung für einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren zu schaffen, gleichzeitig aber den Organisationsaufwand für die beteiligten Gemeinden nachweislich zu verringern.

Herausforderung Gemeindeentwicklung. Zur Objektivierung und Unterstützung bei der Standortfindung und Bewertung von Flächenwidmungen wurden in den letzten Jahren zwei unterschiedliche Instrumente erarbeitet, die einerseits das Energiethema und andererseits die Kostenwahrheit bei Infrastruktureinrichtungen behandeln. Mit dem Energieausweis für Siedlungen (siehe www.energieausweis-siedlungen.at) soll der voraussichtliche Energieaufwand von Standortvarianten veranschaulicht und vergleichbar werden. Dies ist der erste Schritt zu einer gesamtheitlichen Optimierung von Siedlungseinheiten, um

hochwertige, kompakte Siedlungen mit kurzen Wegen sowie eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Erschließungskosten zu erreichen. Ein zweiter Schritt dazu ist der „NÖ Infrastrukturkosten-Kalkulator“. Mit diesem für Österreich neuartigen Instrument wird das Bewusstsein für den Aufwand der Herstellung und Erhaltung von baulandbedingter Infrastruktur geschärft. Gerade in Zeiten knapper werdender Kassen und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist dies für alle Gemeinden ein interessantes Angebot (www.raumordnung-noe.at → Gemeinde → Örtliche Raumordnung → Planungstools). Beide Rechenmodelle sollen den Gemeinden als Entscheidungshilfe bei Widmungsfestlegungen dienen. Ebenso soll damit die Umsetzung diverser Energieleitlinien und der NÖ Klimastrategie 2013 bis 2020 unterstützt werden.

In der österreichischen Raumordnungsszene ist vieles in Bewegung. Dies zeigt nicht nur ein Blick auf Niederösterreich, sondern auch auf die gesamtösterreichische Ebene, auf der kürzlich das Österreichische Raumentwicklungskonzept 2011 vorgestellt worden ist. Auffallend ist vor allem die große Vielfalt an Überlegungen und Ansätzen, die die ganze Bandbreite an möglichen Instrumenten der Raumordnung aufzeigen.



Marianne Vitovec / Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Auf Augenhöhe:

Regionale Leitplanung Nordraum Wien.

Der Nordraum Wien zählt zu den stärksten Wachstumsräumen Österreichs. Durch die Errichtung der Nordautobahn A5 und der Wiener Außenring Schnellstraße S1 hat sich die Standortgunst im Weinviertel weiter erhöht. Die damit verbundenen Chancen gilt es zu nutzen, negative Folgen möglichst früh zu erkennen und zu vermeiden.

Daher wurde vom Land Niederösterreich unter Federführung von Landesrat Mag. Karl Wilfing sowie von 25 Gemeinden im nördlichen Wiener Umland das Pilotprojekt „Regionale Leitplanung“ initiiert.

Motivation und Mehrwert. In partnerschaftlicher Abstimmung wird ein Leitbild zur räumlichen Entwicklung und regionalen Kooperation erarbeitet. Dabei stehen einerseits die Themen nachhaltige Siedlungs- und Standortentwicklung im Vordergrund. Andererseits geht es um die Erprobung einer neuen Herangehensweise in der regionalen Planung auf Basis der bisherigen Erfahrungen mit Kleinregionalen Rahmenkonzepten und Regionalen Raumordnungsprogrammen. Davon versprechen sich Land und Gemeinden:

- eine koordinierte Raumentwicklung entlang von A5, S1 und A22 unter breiter Einbindung der relevanten AkteurlInnen
- eine erhöhte Akzeptanz und bessere Zielerreichung durch den frühzeitigen und intensiven Dialog von Gemeinden, Region und Land

- eine weitere Stärkung der regionalen Ebene als wichtige Kommunikations- und Abstimmungsplattform
- mehr Effizienz und Einsparung von Kosten durch die Zusammenführung bestehender Planungsprozesse und gemeinsame Planungsschritte
- Planungssicherheit durch verbindliche Inhalte sowie Stärkung der Umsetzungskomponente durch konkrete Entwicklungsziele und -maßnahmen
- die Realisierung einer flächen- und kostensparenden Raumnutzung



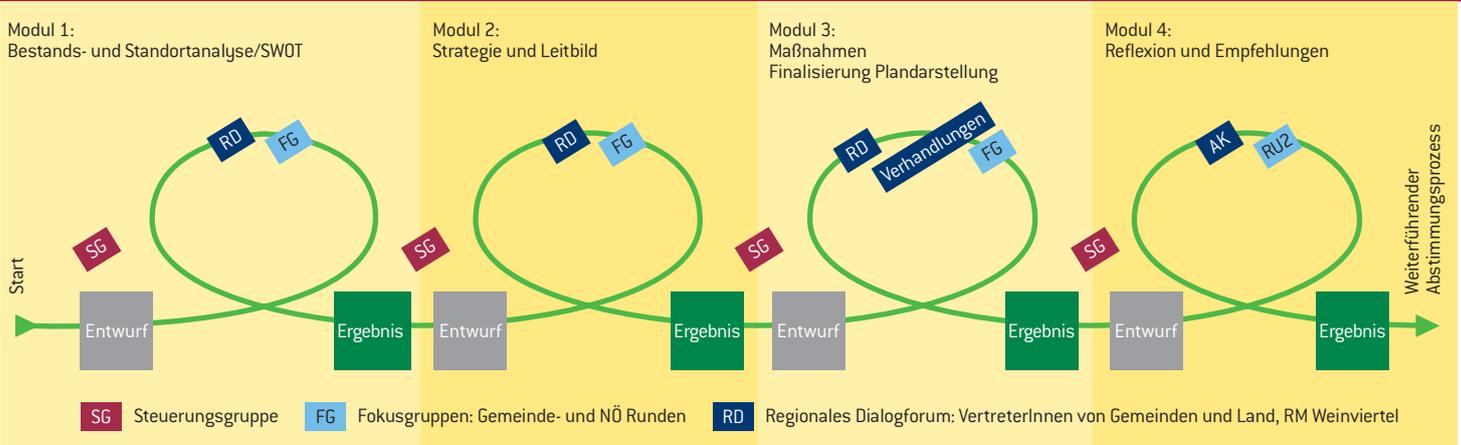
Foto: Archiv

Planung ist Kommunikation!

Grundprinzipien und Handlungsfelder.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Bestands- und Standortanalyse (Modul 1) und ersten Diskussionsrunden haben sich die Beteiligten im ersten Regionalen Dialogforum auf die Grundprinzipien der räumlichen Entwicklung geeinigt. Hier wurde außer Streit gestellt, dass die räumliche Entwicklung den Grundsätzen der „Strukturierten Stadtregion“ folgen soll. Kennzeichnend für diese ist:

Thema Neue Tendenzen in der Raumplanung



Quelle: mecca consulting

- ein vorrangiges Lenken des Wachstums in Gebiete mit guter Versorgungsqualität und Erreichbarkeit
- die Betonung von Polyzentrismus und Zentrennähe
- die Umsetzung in Form von kompakten, energieeffizienten und verkehrsmindernden Siedlungsstrukturen

Weiters wurden die zentralen Handlungsfelder fixiert. Die Regionale Leitplanung beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit drei Themen: Siedlungsentwicklung (Standortschwerpunkte, Verdichtung/Mobilisierung, wirksame Steuerungsinstrumente, ...),

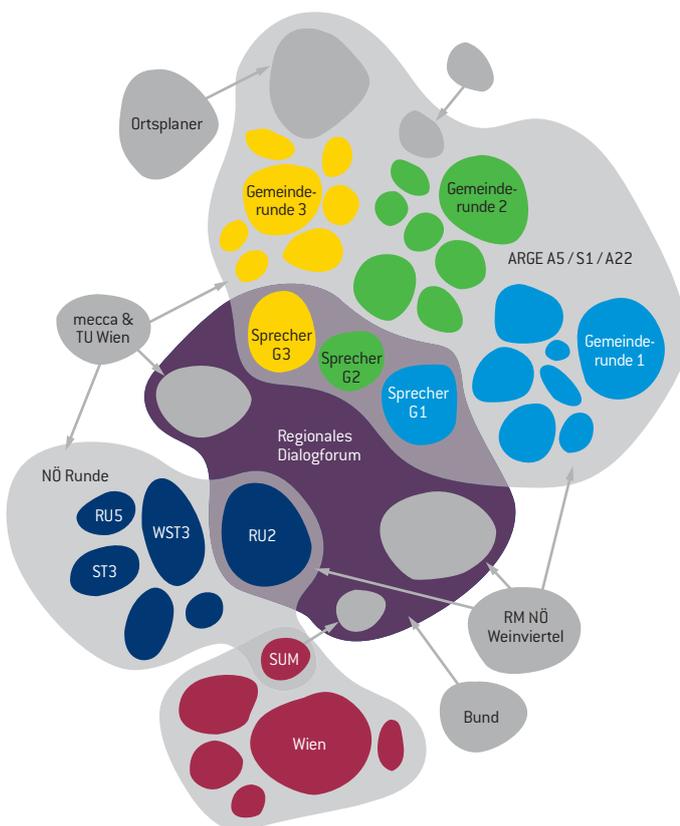
Betriebsgebiete (Standortschwerpunkte, Kooperationsmöglichkeiten, ...) sowie Landschaftsräume (Vernetzung, Schutz und Erhaltung).

Dialog und Workshops. Der Vielzahl von Interessen und Anliegen wird im Projekt mit einer optimalen Ausgestaltung der Gremien begegnet. Bereits bewährt haben sich folgende Formate:

- Projektsteuerungsgruppe mit VertreterInnen der Gemeinden und des Landes
- Gemeinderunden in Form von drei Fokusgruppen zur Diskussion und Bearbeitung (klein)regionaler Besonderheiten
- Niederösterreich-Runde mit VertreterInnen der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik zur Konkretisierung der Landesziele und Absicherung der Ergebnisse – bei Bedarf wird diese Runde um weitere FachexpertInnen ergänzt
- Regionales Dialogforum als Entscheidungsgremium und Beschlussorgan von Projektmeilensteinen – hier erfolgt Kommunikation und Abstimmung auf breiter Ebene (Land, Gemeinden, FachexpertInnen) unter Teilnahme von Landesrat Wilfing
- Überregionales Dialogforum zur Abstimmung der Ergebnisse mit Nachbarregionen und der Stadt Wien
- Workshopreihe für interessierte Gemeinden zur vertiefenden Bearbeitung von Schwerpunktthemen wie etwa Baulandmobilisierung und -sicherung, Nachverdichtung oder Windkraft

Die fachliche Begleitung und Koordination erfolgt durch das Planungsbüro mecca consulting und die Technische Universität Wien sowie durch das Regionalmanagement Niederösterreich und das Stadt-Umland-Management Wien-Niederösterreich.

25 Gemeinden und 1 Leitbild. Derzeit wird intensiv an der Erstellung des Leitbilds (Modul 2) gearbeitet. Im zweiten Regionalen Dialogforum (Herbst 2012) werden die Ergebnisse diskutiert und erste Inhalte verabschiedet. Auch mit der Um-



Quelle: mecca consulting

Neue Wege in der Landesplanung:

Landesentwicklungsprogramm Burgenland (LEP 2011).

Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Veränderungen sowie technologische Innovationen erfordern auch die laufende Anpassung von Planungsinstrumenten. Daher hat das Burgenland ein neues Landesentwicklungsprogramm erarbeitet, das darauf fokussiert, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit Natur und Lebensqualität in Einklang zu bringen.



Das neue Landesentwicklungsprogramm (LEP 2011) besteht aus einem Leitbild, einem Strategieplan (Strategie Raumstruktur) und einem Ordnungsplan. Das Leitbild „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ wurde im Jahr 2008, die „Strategie Raumstruktur“ im Jahr 2010 abgeschlossen. Der letzte Teil des LEP 2011, der Ordnungsplan, ist eine Verordnung und bildet den rechtlichen Rahmen, damit die hoheitlichen Interessen auf allen Planungsebenen Berücksichtigung finden. Weiters wird das Landesentwicklungsprogramm 2011 auch eine Grundlage für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 bilden.

Planung offiziell verordnet. Die im Zuge der öffentlichen Auflage (1. April 2011 bis 1. Juli 2011) zum Entwurf des LEP 2011 eingegangenen Stellungnahmen waren durchwegs positiv und konnten zum überwiegenden Teil in der Verordnung zum LEP 2011 berücksichtigt werden. Die Verordnung zum LEP

2011 wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens vom Raumplanungsbeirat am 24. Oktober 2011 positiv beurteilt und am 29. November 2011 als Verordnung der Burgenländischen Landesregierung beschlossen. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. Jänner 2012 wurde das LEP 1994 außer Kraft gesetzt. Die Publikation der Ergebnisse der „Strategie Raumstruktur“ und des „LEP 2011“ wurde so aufbereitet, dass neben den Gemeinden und PlanerInnen auch ein breiteres Publikum angesprochen werden kann.

Planung breit gefächert. Das LEP 2011 soll die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Weiterentwicklung des Landes gewährleisten und die hohe Lebensqualität für alle im Burgenland lebenden Menschen sicherstellen. Dazu wurden auch sozialplanerische und generationspolitische Themen aufgegriffen und in das neue Landesentwicklungsprogramm integriert.

Die wesentlichen Grundsätze der räumlichen Entwicklung des Burgenlandes sind:

- Regionale Identitäten aus Vielfalt stärken
- Kooperation als Mehrwert entwickeln (Gemeinde, Land, intern)
- Soziale Vielfalt als Potential erkennen
- Nachhaltige Raumnutzung mit hoher Versorgungs- und Mobilitätsqualität erreichen
- Erneuerbare Energieproduktion forcieren und effizientere Siedlungsstrukturen schaffen
- Wissen und Forschung als Wirtschaftskapital nutzen und weiterentwickeln
- Kooperationen zwischen Natur- und Kulturlandschafts-schutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus ausbauen
- Naturraum nachhaltig nutzen

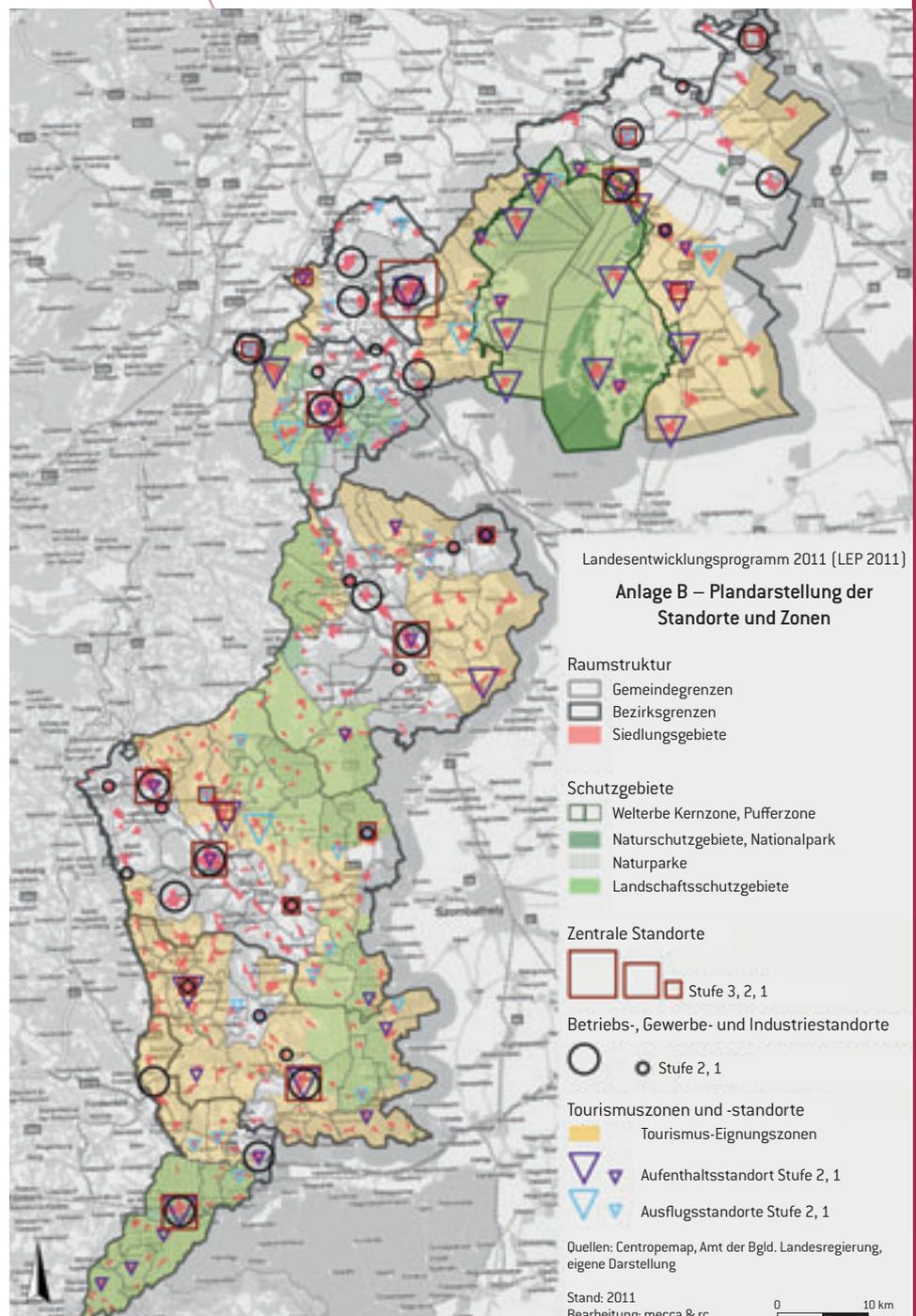


Planung vielfältig thematisiert. Das neue LEP 2011 ist ein Dokument mit Betonung raumwirksamer Aussagen und beinhaltet daher jene Themenbereiche, die für die Entwicklung der Raumstruktur im Burgenland besondere Relevanz aufweisen:

- Arbeit, Bildung/Forschung und soziale Infrastruktur
- Energie und Rohstoffe
- Wirtschaft, Infrastruktur und Mobilität
- Natur und Umwelt
- Tourismus und Kultur
- Siedlungsstruktur

Planung europaweit aktualisiert.

Im LEP 2011 wurden auch Inhalte aufgenommen, die sowohl österreichweit, als auch in den Nachbarländern und auf EU-Ebene diskutiert werden. So nennt die Deutsche und die Schweizer Raumentwicklungsstrategie die enge Kooperation zwischen Umweltschutz, Tourismus, Landwirtschaft, erneuerbaren Energien oder der sozialen Nachhaltigkeit als wichtiges Entwicklungsprinzip. Auch die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie (ÖSTRAT) oder das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2011) dokumentieren den Wandel von „statischen“ Verwaltungsmodellen früherer Zeiten zu immer flexibleren, dynamischeren Gestaltungsansätzen. Ebenso nennt das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) Schlagworte wie interkommunale Kooperationen, starke Regionen oder „neue“ Stadt-Land-Beziehungen als wichtige Handlungsansätze. Wesentliche Aussagen von diesen Strategien und Konzepten wurden ins Landesentwicklungsprogramm Burgenland 2011 aufgenommen.



Vom Halb- zum Vollkreis:

Ein „Masterplan“ für die Kernregion Salzburg.

Mit dem Projekt „MASTERPLAN für die Kernregion Salzburg“ wurden vier offene Schlüsselprojekte des EuRegio-Entwicklungskonzepts aus dem Jahr 2001 aufgegriffen und gemeinsam mit den Gemeinden im Bearbeitungsgebiet weiterentwickelt.

Die kurz- bis mittelfristig geplanten raumwirksamen Projekte für die Bereiche Wohnen, Wirtschaft, Verkehr und Freiraum wurden erhoben, Funktionsbereiche und Standorträume für bestimmte Nutzungen herausgearbeitet und neben den umzusetzenden Maßnahmen konkrete Leitprojekte definiert. Damit sollen eine nachhaltige Entwicklung und das Zusammenwachsen des grenzüberschreitenden Ballungsraums bewirkt werden [Motto: „Vom Halbkreis zum Vollkreis“].



Runder Tisch mit vier Ecken!



Fotos: Günter Schner, ÖMR

Gemeinsame Regionalplanung im grenzüberschreitenden Ballungsraum. Die Landeshauptstadt Salzburg ist sowohl im Bayerischen Landesentwicklungsprogramm 2006, als auch im Salzburger Landesentwicklungsprogramm

2003 als Oberzentrum eines gemeinsamen, grenzüberschreitenden Verdichtungsraums gekennzeichnet. Als Bearbeitungsgebiet des MASTERPLANS wurde nach Abstimmung mit den Gemeinden eine Kernregion abgegrenzt, die das Gebiet des Regionalverbands Salzburg Stadt mit den Umgebungsgemeinden, den bayerischen Teil des Verdichtungsraums nach dem Landesentwicklungsprogramm Bayern und die Gemeinden Oberndorf, Koppl sowie Nussdorf am Haunsberg (nur Teilgebiet) umfasst (vgl. Abb. 1). Die Ausarbeitung des MASTERPLANS erfolgte im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts im Rahmen des ETZ-Programms Österreich-Deutschland durch eine internationale Arbeitsgemeinschaft unter Federführung des ÖIR.¹

Vom Auftakt zum ersten Entwurf. Die erste Zukunftskonferenz zur Erarbeitung des MASTERPLANS fand am 30. April 2009 im Heffterhof in Salzburg statt. Im Rahmen dieser Auftaktveranstaltung wurde ein größerer Kreis an Akteuren über das Projekt informiert, in Tischrunden wurden erste grenzüberschreitende Visionen entwickelt, und im Rahmen von Arbeitsgruppen zu den vier Themenbereichen Wohnen, Wirtschaft, Verkehr sowie Freiraum wurden erste Ansatzpunkte ausgearbeitet. Im Juni 2009 wurden in allen 21 Gemeinden der Kernregion halbtägige Gemeindeforum durchgeföhrt, im Rahmen derer den Vertretern der Gemeinden die Ziele des Projekts erläutert und mögliche Schlüsselprojekte zur kurz- bis mittelfristigen Umsetzung erhoben sowie hinsichtlich ihrer grenzüberschreitenden Wirkung diskutiert wurden. Im Oktober 2009 wurden ergänzend zu den 21 Gemeindeforum sechs Workshops mit Fachdienststellen zu den vier Themenbereichen, den Interessensvertretungen und den Ergänzungsgemeinden durchgeföhrt. Die grenzüberschreitenden Arbeitsgrundlagen und protokollierten Ergebnisse der insgesamt 27 Workshops

1) Details zu den Auftraggebern und -nehmern siehe: <http://www.salzburg.gv.at/rp2-masterplan#mp1>



Historisches Weltkulturerbe
im Herzen
moderner Planungen.

bildeten die Basis für den ersten Entwurf des MASTERPLANS, der in Interaktion mit der projektbegleitenden Arbeitsgruppe vom November bis Mitte Januar 2010 ausgearbeitet wurde.

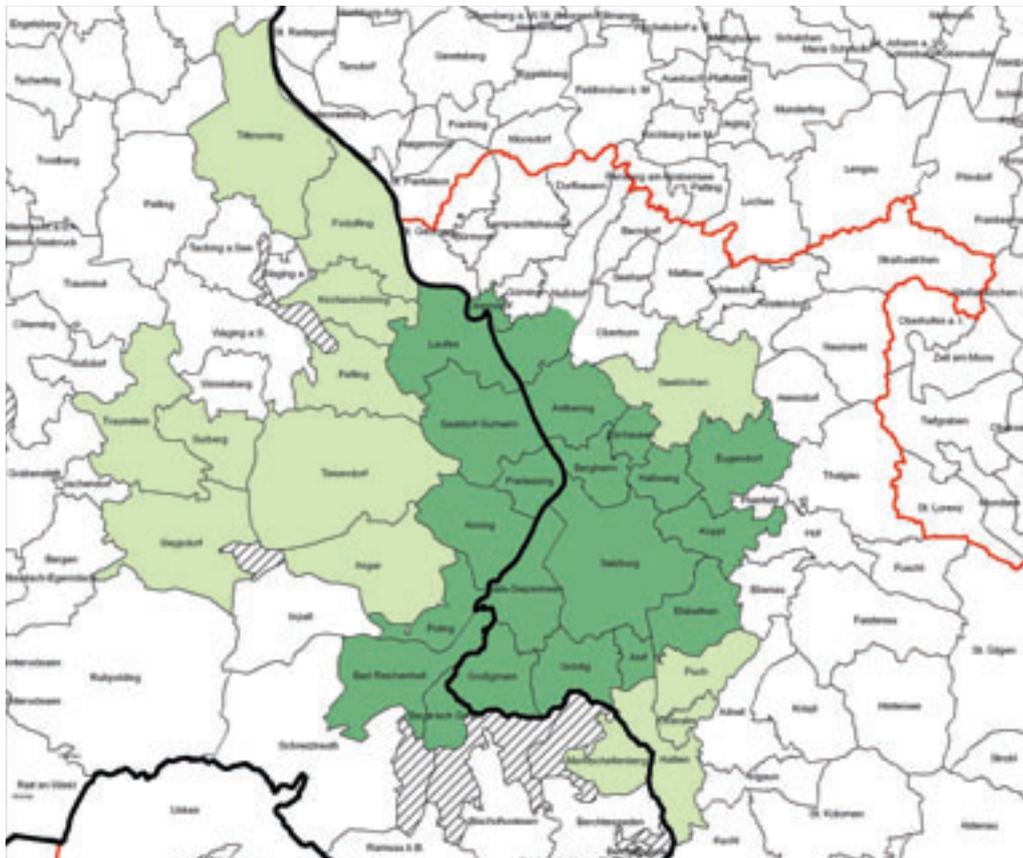
Vom ersten zum zweiten Entwurf. Der erste Entwurf des MASTERPLANS wurde am 21. Januar 2010 in Teisen-dorf im Rahmen der zweiten Zukunftskonferenz vorgestellt und entfachte in der Folge eine sehr kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit. Die Experten-Vorschläge im ersten Entwurf bauten auf einer neuen Planungs-Philosophie auf: Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte wird bei einer Trendfortsetzung an die

Die Kernregion Salzburg in der EuRegio Salz- burg – Berchtesgadener Land – Traunstein

	Gemeinden	Einwohner	Arbeitsplätze
Teilraum Bayern	7	63.300	20.500
Teilraum Salzburg	14	210.700	130.600
Kernregion Salzburg	21	274.000	151.100
EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein	152	804.631	319.860

Abb. 1:

Das Bearbeitungsgebiet des Masterplans



Landesgrenze Salzburg

Staatsgrenze

MASTERPLAN Kernregion

Zentraler Siedlungskern

Mögliche Ergänzungsgemeinden

gemeindefreie Gebiete

Gemeindefreie Gebiete werden vom Freistaat Bayern direkt verwaltet.

Quelle:
Protokoll EuRegio vom 23.1.2008 und 6.3.2008, Diskussion in der öffentlichen Projektpräsentation am 4. Juli 2008 und AG MASTERPLAN vom 19.8.2008

0 2,5 5 10
Kilometer

Salzburger Geographisches Informationssystem
SAGIS

<http://www.salzburg.gv.at/sagis>
E-Mail: sagis@salzburg.gv.at

Bearbeitung: Franz Dollinger, Fachreferent 7/02
Erstellungsdatum: 19.8.2008

InterregVA Projekt MASTERPLAN

Datenquelle: [c] SAGIS unter Verwendung von Daten von TAGIS, ÖBf AG, Salzburg AG & DI Wenger-Oehni, Ed. Hölzel, WlGeoGIS, Geospace, BEV, Statistik Austria AG und weiteren öffentlichen Institutionen

Thema Neue Tendenzen in der Raumplanung



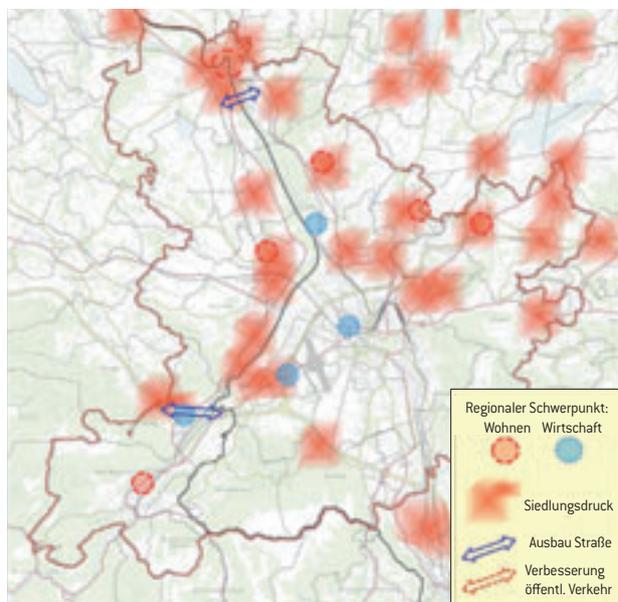
Grenzen der Raumverträglichkeit stoßen. Die vorgeschlagene Trendumkehr hat zur Konsequenz, dass ein Großteil der zukünftigen Wohnungen im Bereich der Stadt Salzburg gebaut werden soll, allerdings ohne die Flächen der Grünlanddeklaration in Anspruch zu nehmen. Als Flächen für zukünftige Wohnungen sollten vielmehr städtische Umstrukturierungsflächen verwendet werden, die insbesondere östlich des neuen Hauptbahnhofs vorhanden sind (Mischnutzungen wie sie aktuell im Bereich des ehemaligen Stadtwerkareals entstehen). Grundsätzlich wird damit auch das Ziel verfolgt, die Siedlungsentwicklung gemäß dem Auftrag im Salzburger Raumordnungs-

gesetz 2009 am Öffentlichen Verkehr zu orientieren. An diese siedlungspolitischen Vorgaben soll in der Folge die Entwicklung der drei anderen Fachbereiche anknüpfen.

Der erste Entwurf des MASTERPLANS wurde im ersten Halbjahr 2010 einem Begutachtungsverfahren unterzogen und in enger Kooperation mit den beiden politisch Verantwortlichen auf Grundlage der Stellungnahmen, der Beschlüsse des EuRegio-Rates vom 5. März 2010 und der Diskussionen in mehreren Dialogforen zum zweiten Entwurf weiterentwickelt. Dieser wurde am 21. Oktober 2010 in Salzburg in einer dritten Zukunftskonferenz vorgestellt.

Abb. 2:

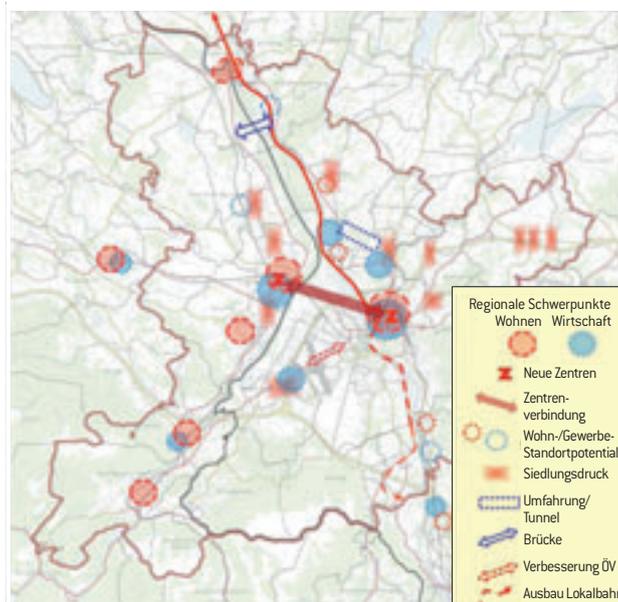
Trendszenario 2030 für die Kernregion Salzburg



Dieses Trendszenario beschreibt, was geschehen würde, wenn die Politik die grenzüberschreitenden Herausforderungen nicht aufgreift und die weitere Entwicklung sich selbst überlässt.

Abb. 3:

Masterplan: Gesamtbild der konzentrierten räumlichen Entwicklung



Die Umsetzung des Masterplans erfordert Entscheidungen und Maßnahmen von Land, Landkreisen und Gemeinden, die im regionalen Interesse große, positive Wirkungen entfalten können. Die in dieser Region besonders komplexen Entscheidungs- und Umsetzungsabläufe sollten in Hinblick auf die gezeigten Perspektiven in einem gemeinsamen verstärkten Dialog verbessert werden. Basis dafür sind die Leitprojekte und Maßnahmen des MASTERPLANS.



Vom zweiten Entwurf zur Umsetzung. Nach Einarbeitung der Stellungnahmen und abschließender Befassung der fachlich berührten Fachdienststellen erfolgten im Frühjahr 2011 die Fertigstellung des MASTERPLANS und die Einleitung der Beschlussfassungsphase. Als Ergebnis liegen neben den Zielen und Maßnahmen des Masterplan-Szenarios auch kurz- bis mittelfristig umsetzbare Leitprojekte vor, die unter der Trägerschaft der berührten Gebietskörperschaften umgesetzt werden sollen. Der MASTERPLAN soll eine grenzübergreifende politische Rahmenvereinbarung für die weite-

ren Umsetzungsaktivitäten der für die Kernregion Salzburg relevanten Stellen sein. Auf Salzburger Seite ist dazu ein Beschluss der Landesregierung und der Gemeinden, auf bayerischer Seite ein Beschluss der Kreistage und der Gemeinden vorgesehen.² Da der MASTERPLAN kein verbindliches Rechtsinstrument sein kann, sollen die zentralen Ziele und Maßnahmen in die Planungsinstrumente (Entwicklungsprogramme, regionale und kommunale Planungsinstrumente) in Bayern und Salzburg übernommen werden. ■

2) Der MASTERPLAN wurde mittlerweile vom Kreistag des Landkreises Berchtesgadener Land beschlossen, beim Land Salzburg und im Kreistag des Landkreises Traunstein ist die politische Diskussion zu Beginn des Sommers 2012 noch nicht abgeschlossen. Nach dem Beschluss der Landesregierung wird die Öffentlichkeit über das Ergebnis informiert werden, die Diskussion zur Übernahme in die kommunalen Planungsinstrumente wird dann erst beginnen können.

Die acht Leitprojekte des MASTERPLANS

- **Leitprojekt 1: Urbanes Wohnen in der Stadt Salzburg und in Freilassing** (sowie an anderen Siedlungsschwerpunkten): Modellprojekt zum beispielhaften Umbau eines Wohnquartiers durch Nachverdichtung und Gebäudeaufstockung in Durchmischung mit Einzelhandel, Dienstleistungsbetrieben, Büros und/oder mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen
- **Leitprojekt 2: Flächen-Monitoring in den regionalen Schwerpunkten der Wohnentwicklung:** Flächen-Monitoring zur Erhebung von Grundstücken und Potentialen für Wohnraumentwicklung in Baulücken und durch Nachverdichtung
- **Leitprojekt 3: Länderübergreifende Vermarktungs- und Standortagentur:** länderübergreifende Vernetzung der wirtschaftsfördernden Institutionen zur Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen Gewerbeflächenkonzepts
- **Leitprojekt 4: Grenzüberschreitender Flächenpool für Gewerbe- und Industrieflächen:** Eine gemeinsame länderübergreifende Plattform, die Flächenpotentiale für Gewerbe- und Industrieflächen in der Region mit Nutzungsmöglichkeiten aufzeigt, Entwicklung und Vermarktung der Flächen
- **Leitprojekt 5: Unterstützung Strukturwandel für Gewerbe- und Industrieflächen, Büro- und Mischnutzungen:** aktive Unterstützung des innerstädtischen/innerörtlichen Strukturwandels für Betriebe (Gewerbe/Industrie/Lagerung/Logistik) seitens der jeweiligen Schwerpunktgemeinde]
- **Leitprojekt 6: Machbarkeitsstudie für ein umfassendes Regional-Stadt-Bahn-Netz im erweiterten Zentralraum:** Prüfung einer Reihe von vorgeschlagenen Regional-Stadt-Bahn-Verbindungen von der Stadt Salzburg in die weitere Region (einschließlich von Teilen Oberösterreichs und des bayerischen Einzugsgebiets)
- **Leitprojekt 7: Ausbau der S-Bahn:** Erweiterung des Projekts NAVIS um Maßnahmen Richtung Nord-Osten (Mattigtalbahn) und einen zusätzlichen S-Bahn-Ast von Freilassing über Teisendorf bis Traunstein sowie von Freilassing über Laufen nach Tittmoning
- **Leitprojekt 8: Landschaftsnaht Saalach:** Uferprojekte mit der Gestaltung von städtischen, vorstädtischen und ländlichen Uferbereichen mit differenzierten Aufenthaltsqualitäten an der Saalach und Anbindung an die anliegenden Orte

Hebelwirkung und Wirkungsmodell:

Raumplanung im Walgau.

Die Vorstellung, dass die Entwicklung eines Gemeinwesens „machbar“ sei, ist heute noch weit verbreitet. Dieser Erwartungshaltung liegt aber eine dramatische Unterschätzung der Komplexität und Dynamik gesellschaftlicher Strukturen zugrunde.



In der vorarlbergischen Region Walgau läuft seit 2009 ein Regionalentwicklungsprozess, der unter systemischer Berücksichtigung dieser Komplexität und Dynamik versucht, eine Region durch möglichst zielgenaue Interventionen in ihrer Entwicklung zu beeinflussen.

Der Walgau ist ein Trogtal und mit 14 Gemeinden zwischen 144 und 6 250 EinwohnerInnen eine kleinstrukturierte Region. Eine Bezirksgrenze trennt Strukturen und Organisationen. Die industrialisierte Talsohle mit Autobahn, Zugverbindung und dem Fluss Ill ist das wirtschaftliche Herz des Talkessels. Auf den ebenen Flächen haben sich große und exportorientierte Unternehmen angesiedelt. Die Kleingemeinden und hochgelegenen Parzellen an den Berghängen sind vor allem Wohnort, Landwirtschafts- und Naherholungsgebiet.

Prozess mit Modell. Der Regionalentwicklungsprozess wurde ins Leben gerufen, um die Angebote für die Bürgerschaft zu verbessern. Eine vom Land Vorarlberg finanzierte Pilotphase 2009–2011 startete mit konkreten Projekten. Aus der Projektarbeit heraus sollte dann ein gemeinsames Entwicklungskonzept für die Region erarbeitet werden. Begleitet wurde der Prozess von der Universität St. Gallen und von der Raumplanung des Landes Vorarlberg.

Nach zwei Jahren Projektarbeit gab es einen Schnitt, um die vielen Themen und Aktivitäten zu einem Gesamtkonzept zusammen zu fügen. Die Bürgermeister der 14 Gemeinden sowie Vertreter von Wirtschaft und Zivilgesellschaft erstellten ein kybernetisches Wirkungsmodell der Region. Es zeigt, wie die Themen zusammenhängen, und definiert die Hebel, die die Region hat, um ihre Entwicklung selbst zu beeinflussen.



Fotos: Vorarlberger Nachrichten

Landschaftsmuster mit vielen Schattierungen.

Hebel mit Wirkung. Zwei Hebel wurden für den Walgau als besonders wichtig angesehen. Der erste ist die Fortführung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Noch in der Pilotphase wurde daher die *Regio Im Walgau* aus der Taufe gehoben. Zu dieser *Regio im Walgau* gehören außer den stimmberechtigten und zahlenden 14 Kerngemeinden auch 7 Randgemeinden, die als Schnittstellen zu angrenzenden Talchaften fungieren. Die *Regio im Walgau* wurde von den Gemeinden mit einem ansehnlichen Budget ausgestattet. Von den Gemeindevertretern der Talschaft stimmten 269 für diesen Zusammenschluss und nur vier dagegen.

Der zweite Hebel ist die Lösung räumlicher Nutzungskonflikte. Dies ist – aus systemischer Betrachtung – das wichtigste Werkzeug der Region für eine aktive Wirtschaftspolitik. Die Region Walgau ist ein Talkessel mit begrenztem Flächenangebot und einem kontinuierlichen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum seit mehr als 50 Jahren. Die Nutzungskonkurrenzen sind entsprechend hoch. Deswegen arbeitet die Region nun an einem gemeinsamen Räumlichen Entwicklungskonzept (REK).

Konzept mit Horizont. Der Zeithorizont für das Räumliche Entwicklungskonzept Walgau reicht über zwei Generationen (= 50 Jahre). Teilregionale REKs werden jeweils von drei oder vier Gemeinden gemeinsam erarbeitet, denn die Überschaubarkeit erleichtert den Beteiligungsprozess und erhöht damit die Akzeptanz. Eine einheitliche Struktur gewährleistet

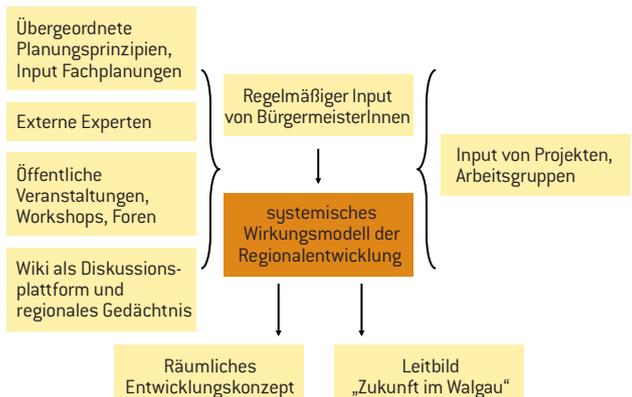
die Kompatibilität der teilregionalen REKs, die zu einem REK Walgau zusammengeführt werden. Im Bearbeitungsprozess werden jene Themen gemeinsam diskutiert, die regional bedeutsam sind und deren räumliche Wirkung über die einzelne Gemeinde und die Teilregion hinausreicht – vom Hochwasserschutz bis zur regional bedeutsamen Freizeit-Infrastruktur. Hier werden die Anliegen der einzelnen Gemeinden miteinander ausgehandelt.

Aktuelle und nähere Informationen sind unter:
<http://www.imwalgau.at/startseite/start.html> zu finden.

Factbox Region Walgau

- Bludesch, Bürs, Düns, Dünserberg, Frastanz, Göfis, Ludesch, Nenzing, Nüziders, Röns, Satteins, Schlins, Schnifis, Thüringen
- 25 700 ha Fläche, 14 Gemeinden, 37 500 EinwohnerInnen
- 3 700 Arbeitsstätten mit 24 000 Beschäftigten, davon 950 Lehrlinge
- Touristische Nächtigungen 2008/2009: 128 600
- Höhenangaben: 495 – 1 270 m ü.N.
- Einnahmen der Gemeinden: 97.084.000 €, Ausgaben der Gemeinden 97.514.000 € (Haushaltsgebarung 2008)

Vorgehen im Regionalentwicklungsprozess



Quelle: Regio Im Walgau/Manfred Walsler

Flächenverfügbarkeit in Vorarlberg

- Fläche: ca. 260 000 ha (= 100 %)
- davon sind ca. 11% ebene Talfläche (=Rheintal und Walgau)
- 2% benötigen wir für Hochwasserschutz
- es bleiben 9%



Quelle: Regio Im Walgau/Manfred Walsler

Perspektiven auf allen Ebenen:

Neue Strukturen für die Steiermark.

Funktionsgerechte, zukunftsfähige Strukturen auf Landes-, Regions- und Gemeindeebene sind eine wesentliche Voraussetzung für eine wirkungsvolle Steuerung der Raumentwicklung.



Zeit für Veränderung!

Im Rahmen der Reformpartnerschaft nach den Landtagswahlen 2010 haben die steirischen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP ein Arbeitspaket vereinbart, in dessen Rahmen die neuen Strukturen eingerichtet werden sollen.

Land mit Entwicklungsperspektiven. Die Verkleinerung des Landtags der Steiermark, der Landesregierung, des Grazer Stadtsenates sowie die Verwaltungsstrukturreform, die ab 1. August 2012 in Kraft tritt, betreffen vorrangig Politik und verwaltungsinterne Strukturen.

Wesentlich für die Landes- und Regionalentwicklung ist aber auch die Fertigstellung des **Landesentwicklungsleitbildes**, das seit Sommer 2012 im Entwurf vorliegt und im Herbst von der Landesregierung beschlossen werden soll. Im Landesentwicklungsprogramm 2009 werden die Aufgaben des Landesentwicklungsleitbildes, wie folgt, festgelegt:

[1] Das Landesentwicklungsleitbild ergänzt das Landesentwicklungsprogramm als nicht rechtsverbindliches Instrument mit dem Ziel, die Position der Steiermark zum Nutzen der steirischen Bevölkerung, Wirtschaft und der europäischen Integration weiter zu entwickeln.

[2] Die Funktionen des Landesentwicklungsleitbildes sind:

- 1. Positionierung der regionalpolitischen Zielsetzungen der Steiermark nach außen gegenüber benachbarten Regionen, Ländern und Staaten, dem Bund sowie Institutionen der Europäischen Union;*
- 2. Koordinationsinstrument bei raum- beziehungsweise regionalpolitisch relevanten Entscheidungen und Maßnahmen der einzelnen Ressorts des Landes insbesondere Förderungsmaßnahmen;*
- 3. Vorgabe für die Regionen der Steiermark insbesondere bei Erstellung der regionalen Entwicklungsleitbilder gemäß § 5.*

[3] Das Landesentwicklungsleitbild wird von der Landesregierung beschlossen.

In diesem Sinn soll das Landesentwicklungsleitbild auch eine abgestimmte Position des Landes Steiermark für den Prozess STRAT.AT 2020 sein.

Regionen mit Entwicklungsperspektiven. Mit der Novelle zum Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2008 erfolgte ein Meilenstein bei der Entwicklung der steirischen Regionen. Mit dem Ziel größerer regionaler Eigenverantwortung wurden in den sieben Regionen Regionalversammlungen und Regionalvorstände als neue Regionsgremien eingerichtet.

In der **Regionalversammlung** sind alle BürgermeisterInnen der in der Region liegenden Gemeinden sowie alle Landtags- und Nationalratsabgeordneten und Bundesräte mit Hauptwohnsitz in der jeweiligen Region vertreten. Dieses Gremium hat primär die Aufgabe, das Regionale Entwicklungsleitbild zu beschließen. Dem **Regionalvorstand** als Steuerungsgremium gehören höchstens 12 Landtags- bzw. Nationalratsabgeordnete und Bundesräte sowie VertreterInnen der Kleinregionen an. Die Geschäftsführung der Regionalversammlung sowie des Regionalvorstands wird vom jeweiligen für die Planungsregion zuständigen Regionalmanagement besorgt.

Die im Landesentwicklungsprogramm festgelegten Regionen sollen als entwicklungspolitisch relevante Gebietseinheiten Strukturen (weiter-)entwickeln, die ein ziel-, strategie- und umsetzungsorientiertes Handeln ermöglichen. Dabei wird ein sektorübergreifender Ansatz verfolgt. Regionale Unterstützungsstrukturen (die vom Land geförderten steirischen Regionalmanagements) übernehmen hierbei eine zentrale Funktion und sind dabei die Plattform für regionale Strategieentwicklung und für regionale sowie interkommunale Zusammenarbeit.

In den Regionen werden in der Verantwortung der Regionalvorstände mit Unterstützung der Regionalmanagements **Regionale Entwicklungsleitbilder** ausgearbeitet und durch die Regionalversammlung beschlossen. Sie enthalten die gemeinsame strategische Ausrichtung mit den regionalen Leitthemen. Die Regionalen Leitbilder werden durch Leitprojekte umgesetzt, die Förderpriorität genießen.

Eine weitere Novelle des Raumordnungsgesetzes im Herbst 2011 brachte eine wesentliche Neuerung für die Regionalvorstände: Sie erhielten Rechtspersönlichkeit und können nun selbst Träger von Rechten sowie Pflichten werden und beispielsweise eine GmbH als Kapitalgesellschaft gründen. Durch diese (gemeinnützigen) **Regionalen Entwicklungs-GmbHs** soll eine Bündelung der regionalen Strukturen erreicht werden. Diese werden nicht nur Träger der bereits bestehenden Regionalmanagements sein, es können auch Themen wie Bezirksjugendmanagement, Steirischer Beschäftigungspakt und vieles mehr in diese Strukturen eingegliedert werden. Es wird erwartet, dass mit Jahreswechsel 2012/2013 bereits einige solche Gesellschaften gegründet sein werden.

Gemeinden mit Entwicklungsperspektiven. Das Bundesland Steiermark hat mit 542 Gemeinden in Relation zur Bevölkerung die meisten Gemeinden Österreichs. 200 Gemeinden haben mittlerweile weniger als 1 000 EinwohnerInnen. Laut Prognose der Österreichischen Raumordnungskonferenz ist in 302 von 542 Gemeinden in den kommenden Jahren mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen. Viele Gemeinden können aus eigener Kraft nicht mehr die ihnen von der Bundesverfassung zuge-



Quelle der Abbildung: Abteilung Landes- und Gemeindeförderung

dachten Aufgaben und Funktionen wahrnehmen. Die zunehmenden Aufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinden, die Erwartungshaltung, die geänderte Mobilität der Bevölkerung und nicht zuletzt die hohen Anforderungen an den Vollzug der Rechtsnormen erfordern es, strukturelle Maßnahmen zu treffen. Deshalb ist es Ziel der Steiermärkischen Landesregierung, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zum Wohle der Bevölkerung zu stärken. Die Gemeinden sollen durch eine **Gemeindestrukturreform** in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben sachgerecht, effizient und in entsprechender Qualität zu erfüllen. Das von der Steiermärkischen Landesregierung sowie vom Landtag Steiermark beschlossene Leitbild zur Gemeindestrukturreform definiert folgende Ziele:

- Die Strukturreform soll wirtschaftliche, leistungsfähige und professionelle Gemeinden ermöglichen, die ihre gesetzlichen Aufgaben ohne Haushaltsabgang erfüllen und über eine ausreichende freie Finanzspitze für Investitionen verfügen. Die vorhandene Infrastruktur soll effizient genutzt werden. Die Grundversorgung der Bevölkerung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen ist im jeweiligen Gemeindegebiet abzudecken.
- Die Strukturreform soll den Gemeinden entsprechende raumordnungs- und verkehrspolitische Maßnahmen ermöglichen, die eine bessere Nutzung der vorhandenen Fläche für den Siedlungsraum und die wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten. Real bestehende Siedlungsverflechtungen sollen sich in den administrativen Strukturen der Gemeinden widerspiegeln.
- Die Strukturreform soll das Engagement für das Gemeinwohl und die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten durch geeignete Maßnahmen erhalten und stärken.

Weitere Informationen siehe:

www.raumplanung.steiermark.at/cms/ziel/642778/DE/ und www.gemeindestrukturreform.at

Vereinbarkeit von Beruf und Familie –

facettenreiches Thema zwischen Angebot und Nachfrage.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Menschen in Niederösterreich ein Thema, das sie persönlich betrifft. Einem breiten Angebot an institutioneller Kinderbetreuung, ergänzt um individualisierte Angebote wie Tageseltern oder Oma-Opa-Börse, stehen eine ebenso große Anzahl an individuellen Bedürfnissen und Anforderungen gegenüber.



Befragungen wie die Arbeitskräfteerhebung (AKE) oder Statistiken wie die Kindertagesheimstatistik (KTH) stellen sowohl Angebot, als auch Nachfrage der Kinderbetreuung dar und können somit helfen, zukünftige Herausforderungen zu identifizieren.

Im Betreuungsjahr 2011/2012 wurden in Niederösterreich über 50 000 Kinder in knapp 1 100 Kindergärten betreut, dazu mehr als 3 000 Kinder in Krippen und altersgemischten Einrichtungen sowie mehr als 10 000 Kinder in über 200 Horten. Insgesamt werden in institutionellen Einrichtungen also über 63 000 Kinder betreut. Bei der Betreuungsquote liegt Nieder-

österreich in den Kindergartenjahrgängen teilweise deutlich über dem Österreich-Durchschnitt.

Auf der anderen Seite wurden im Rahmen eines Zusatzmoduls zur EU-weiten Arbeitskräfteerhebung im Jahr 2011 in Niederösterreich 2 999 Personen von 15–64 Jahren befragt, wie sie ihre persönliche Situation in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einschätzen. Aus der Befragung wurde eine Reihe von Aussagen auf Bundesländerebene hochgerechnet. Diese werden im Folgenden präsentiert und soweit möglich den Daten aus der aktuellen Kindertagesheimstatistik gegenübergestellt.



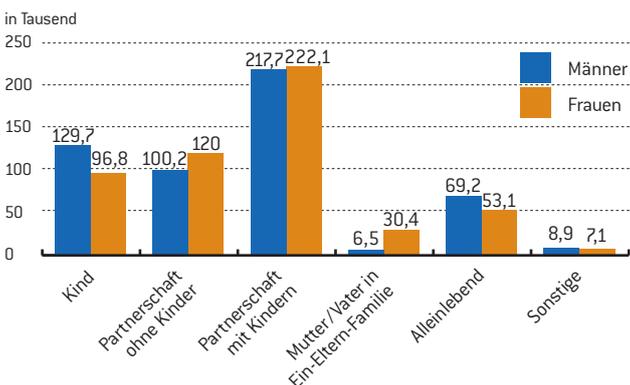
Aufgezeigt: Kinderbetreuung berufstätiger Eltern!

Abgefragt: Bevölkerung und Lebensformen. Die Verteilung der Befragten (15–64-Jährige) nach Lebensform und Geschlecht ist in Diagramm 1 dargestellt. Den größten Anteil stellen jene Personen, die in einer Partnerschaft mit Kindern leben. Die zweitgrößte Gruppe stellen die „Kinder“ dar, wobei man berücksichtigen muss, dass alle Befragten ohne Altersgrenze als „Kinder“ gezählt wurden, wenn sie mit ihren Eltern in einem Haushalt leben. Geschlechterunterschiede zeigen sich mit einem größeren Frauenanteil bei den AlleinerzieherInnen sowie bei den Personen, die in einer Partnerschaft ohne Kinder leben. Einen deutlich größeren Männeranteil gibt es bei Alleinlebenden sowie bei den „Kindern“.

Abgefragt: Betreuungsverpflichtungen und Erwerbstätigkeit. Ein Drittel der Befragten (ca. 31%) gibt an, Betreuungsverpflichtungen für Kinder unter 15 Jahren zu haben. Bei den Frauen ist der Anteil mit 34% etwas höher als bei den Männern mit 29%. Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit lässt sich feststellen, dass der Anteil der Personen mit Betreuungsverpflichtungen unter den Teilzeitbeschäftigten mit 50% mit Abstand am höchsten ist. Unter den Vollzeitbeschäftigten haben knapp über 30%, bei den nicht Beschäftigten etwas über 21% Betreuungsverpflichtungen.

Diagramm 1:

Bevölkerung (15–64-Jährige) nach Lebensform und Geschlecht



Quelle: AKE (Hochrechnung)

Abgefragt: Vereinbarkeit. 25% der nicht Erwerbstätigen sowie 16% der Teilzeiterwerbstätigen mit Betreuungsverpflichtungen für Kinder unter 15 Jahren gaben an, dass sie (mehr) arbeiten gehen würden, wenn es für sie geeignete Betreuungsangebote gäbe.

62% der Vollzeitbeschäftigten mit Betreuungsverpflichtungen gaben an, dass ihnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leicht oder eher leicht fällt, 9% haben Schwierigkeiten aufgrund der Kinderbetreuungssituation.

Abgefragt: Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten. Laut Arbeitserhebung gibt es hochgerechnet 297 000 Personen, die regelmäßig eigene Kinder oder Kinder des Partners betreuen, davon 281 100 Personen im eigenen Haushalt. Von diesen wurde die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsangeboten für das jüngste Kind erfragt. 28% nutzen institutionelle Einrichtungen, etwa 3% Tageseltern oder Babysitter. 69% gaben an, keine Kinderbetreuungseinrichtungen für ihr jüngstes Kind zu nutzen. Stellt man der Nutzung die Altersverteilung der Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen gegenüber, kann man deutlich erkennen, in welchen Altersklassen die Betreuung hauptsächlich in Anspruch genommen wird.

Darüber hinaus wurden die Erwerbstätigen gefragt, wer die Betreuung des jüngsten Kindes hauptsächlich übernimmt, während man selbst arbeitet. Dafür haben von hochgerechneten 225 000 Erwerbstätigen 56% ihren Partner bzw. ihre Partnerin angegeben. Für 14% der Befragten spielen Kinderbetreuungseinrichtungen die wichtigste Rolle in der Kinderbetreuung.

Abgefragt: Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Frauen mit Kindern unter acht Jahren wurden gefragt, ob sie zum Zeitpunkt der Geburt ihres jüngsten Kindes erwerbstätig waren und ob sie die berufliche Tätigkeit für die Betreuung unterbrochen haben.



Von hochgerechnet 90 400 Frauen mit Kindern unter acht Jahren waren 77 800 vor der Geburt ihres jüngsten Kindes erwerbstätig. Über 90% davon haben ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen, wobei etwa 50% bis zu 22 Monate und 20% mehr als 22 Monate unterbrochen haben. Von den 56 400 Frauen, die bei der Geburt ihres jüngsten Kindes erwerbstätig waren und ihre Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen haben oder nach der Unterbrechung wieder erwerbstätig sind, haben rund 50% ihre Arbeitszeit reduziert. Aus der Fragestellung geht jedoch nicht hervor, von welcher Arbeitszeit ausgegangen wurde.

Abgefragt: Arbeitsbedingungen in Hinblick auf Vereinbarkeit.

Die Möglichkeit, Arbeitszeit flexibel einzuteilen, ist ein wichtiger Bestandteil, um Arbeit und Familie erfolgreich vereinbaren zu können. Diagramm 2 zeigt, inwiefern es den Befragten möglich ist, aus



familiären Gründen die Arbeitszeit kurzfristig um mindestens eine Stunde zu verschieben, was für 70% möglich ist. 75% können sich ganze Tage frei nehmen, ohne dafür Urlaub in Anspruch nehmen zu müssen.

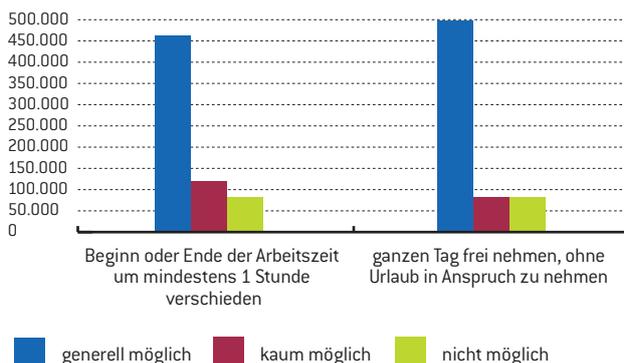
Diagramm 3 zeigt, dass die Arbeitszeiten bei rund der Hälfte der Befragten grundsätzlich fix sind, bei Frauen liegt der Anteil etwas höher. Rund 18% der Befragten haben Gleitzeit angegeben.

Das Thema Kinderbetreuung ist facettenreich mit einer großen Zahl an Angeboten auf der einen Seite sowie heterogenen Anforderungen und Wünschen auf der Nachfrageseite. Statistiken wie die jährliche Kindertagesheimstatistik zeichnen ein differenziertes Bild der Betreuungs-

landschaft. Komplementär dazu stellen Befragungen der Menschen, die die Angebote nutzen, ein wichtiges Element zur zielgerichteten fortlaufenden Planung und Gestaltung des Betreuungsangebots dar.

Diagramm 2:

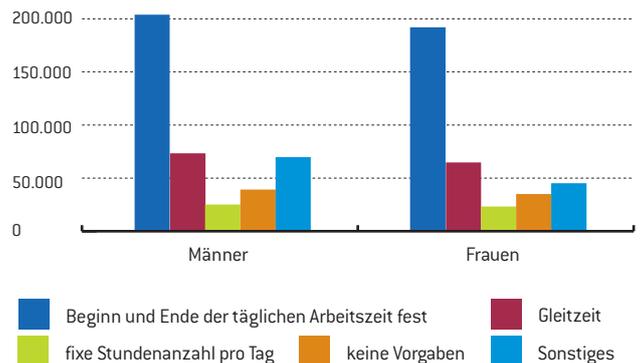
Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeit



Quelle: AKE, Basis Befragte (Hochrechnung)

Diagramm 3:

Einteilung der Arbeitszeiten



Quelle: AKE, Basis Befragte (Hochrechnung)

English Summary



Challenges in spatial planning: new approaches in Lower Austria. In order to tackle the various challenges in spatial planning in an adequate manner, a more differentiated set of tools is being developed in Lower Austria. For instance, the new pilot project “Regional land-use plan” entails a dialogue process to combine the existing bottom-up and top-down approaches at a regional level. Another example is an inter-municipal pilot in the region of Wagram involving cooperation between six municipalities to work out a common spatial planning programme at local level.

On equal footing: regional land-use plan north of Vienna. The area north of Vienna is among the areas in Austria with the highest expansion rate. It is essential to seize the resulting opportunities and identify and avert negative trends at an early stage. To this end, the Lower Austrian provincial government initiated the pilot project “Regional land-use plan” together with 25 municipalities in the northern outskirts of Vienna.

New approaches in provincial planning: provincial Development Plan Burgenland (LEP 2011). The new provincial development plan comprises a guideline entitled “New Successes with Nature”, a strategic plan (for spatial structure) and a regulatory plan which serves as a legal framework. In order to boost the economic, social and cultural development of the province and maintain a high quality of life for all the citizens of Burgenland, issues regarding social schemes and generation policy were also integrated into the new provincial development programme.

From semi to full circle: a master plan for the core region Salzburg. The project “MASTER PLAN for the Core Region of Salzburg” has re-launched and developed four

unfinished key projects from the 2001 EuRegion development concept together with the municipalities in the areas concerned. The master plan focuses on housing, the economy, traffic and recreational space and has been developed over the course of numerous workshops involving experts and representatives from the municipalities.

Leverage and affect control: spatial planning in the Walgau region. In 2009 an ongoing regional development process in the Vorarlberg region of Walgau was initiated to influence the development of the region through targeted interventions. A cybernetic affect control model of the region has been developed to show how the various topics are linked to the fields of action and to identify the levers that the region has at its disposal to influence its own development.

Perspectives on all levels: new structures for Styria. As part of the reform partnership following the provincial elections of 2010, the governing parties in Styria – the Social Democratic Party of Austria and the Austrian People’s Party – introduced a comprehensive structural reform. In addition to downsizing the Styrian parliament and provincial government as well as the town senate of Graz, it also included an administrative structural reform at regional and municipal level and guidelines for a new provincial development programme.

Compatibility of career and family: multifaceted topic dealing with supply and demand. The compatibility of career and family is a personal issue for many people in Lower Austria. Studies like the workforce survey or the child day-care statistics provide insight into both the existing infrastructure and demand for childcare, thus helping to identify future challenges.

Der eilige Leser

Herausforderungen in der Raumordnung: Aktuelle Lösungsansätze in Niederösterreich. Um auf die verschiedenen Herausforderungen in der Raumordnung situationsbezogen reagieren zu können, wird in Niederösterreich gegenwärtig vor allem an einer stärkeren räumlichen Ausdifferenzierung des Instrumentariums gearbeitet. So werden etwa in dem aktuellen Pilotprojekt „Regionale Leitplanung“ die bestehenden bottom-up- und top-down-Ansätze auf regionaler Ebene im Rahmen eines Dialogprozesses miteinander verschränkt oder in einem interkommunalen Pilotversuch in der Region „Wagram“ von sechs Gemeinden gemeinsam ein Örtlichen Raumordnungsprogramm erarbeitet.

Auf Augenhöhe: Regionale Leitplanung Nordraum Wien. Der Nordraum Wien zählt zu den stärksten Wachstumsräumen Österreichs. Die damit verbundenen Chancen gilt es zu nutzen, negative Folgen möglichst früh zu erkennen und zu vermeiden. Daher wurde vom Land Niederösterreich mit 25 Gemeinden im nördlichen Wiener Umland das Pilotprojekt „Regionale Leitplanung“ initiiert.

Neue Wege in der Landesplanung: Landesentwicklungsprogramm Burgenland (LEP 2011). Das neue Landesentwicklungsprogramm besteht aus dem Leitbild „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, einem Strategieplan (Strategie Raumstruktur) und einem Ordnungsplan, der den rechtlichen Rahmen darstellt. Um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Weiterentwicklung des Landes zu gewährleisten und die hohe Lebensqualität für alle im Burgenland lebenden Menschen sicherzustellen, wurden auch sozialplanerische und generationspolitische Themen aufgegriffen und in das neue Landesentwicklungsprogramm integriert.

Vom Halb- zum Vollkreis: Ein „Masterplan“ für die Kernregion Salzburg. Mit dem Projekt „MASTERPLAN für die Kernregion Salzburg“ wurden vier offene Schlüsselprojekte des EuRegio-Entwicklungskonzepts aus dem Jahr 2001 aufgegriffen und gemeinsam mit den Gemeinden im Bearbeitungsgebiet weiterentwickelt. Der Masterplan fokussiert auf die Arbeitsbereiche Wohnen, Wirtschaft, Verkehr und Freiraum und wurde in zahlreichen Workshops auf Experten- sowie auf Gemeindeebene erarbeitet.

Hebelwirkung und Wirkungsmodell: Raumplanung im Walgau. In der vorarlbergischen Region Walgau läuft seit 2009 ein Regionalentwicklungsprozess, der versucht, eine Region durch möglichst zielgenaue Interventionen in ihrer Entwicklung zu beeinflussen. Es wurde ein kybernetisches Wirkungsmodell der Region erarbeitet, das einerseits zeigt, wie die Themen und Arbeitsbereiche zusammenhängen, und andererseits die Hebel definiert, die die Region hat, um ihre Entwicklung selbst zu beeinflussen.

Perspektiven auf allen Ebenen: Neue Strukturen für die Steiermark. Im Rahmen der Reformpartnerschaft nach den Landtagswahlen 2010 haben die steirischen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP eine umfassende Strukturreform eingeleitet. Diese umfasst neben der Verkleinerung des Landtags der Steiermark, der Landesregierung und des Grazer Stadt senates auch eine Verwaltungsstrukturreform auf regions- und Gemeindeebene sowie ein neues Landesentwicklungsleitbild.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie – facettenreiches Thema zwischen Angebot und Nachfrage. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Menschen in Niederösterreich ein Thema, das sie persönlich betrifft. Befragungen wie die Arbeitskräfteerhebung oder Statistiken wie die Kindertagesheimstatistik stellen sowohl Angebot, als auch Nachfrage der Kinderbetreuung dar und können somit helfen, zukünftige Herausforderungen zu identifizieren.

TIPP: 22. Oktober 2012 Kleinregiontag im Weinviertel!
Infos: www.raumordnung-noe.at → [Veranstaltungskalender](#)



P.b.b. Vertragsnummer 07Z037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noe.gv.at